

Zeitschrift: Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur
Herausgeber: Gesellschaft Schweizer Monatshefte
Band: 53 (1973-1974)
Heft: 2

Rubrik: Kommentar

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 22.02.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

VIETNAMKONFLIKT: ENDPHASE ODER ATEMPAUSE?

Ohne Zweifel markiert der 29. März 1973, der Tag, an dem die letzten amerikanischen Truppen Südvietnam verliessen und gleichzeitig der Kriegsgefangenen austausch abgeschlossen wurde, eine wichtige Zäsur in der von blutigen Auseinandersetzungen geprägten jüngsten Geschichte Vietnams. Das unmittelbare Engagement der Vereinigten Staaten ist gelöst worden; Washington hat sich, wie Präsident Nixon es vor Beginn seiner ersten Amtszeit versprochen hatte, durch schrittweisen Abbau seiner militärischen Präsenz aus den südostasiatischen Verwicklungen herausgezogen; es sind auf dem Papier Vereinbarungen getroffen worden, welche es Amerika erlauben, das Gesicht zu wahren – ein «ehrenhafter Friede» also, wie ihn die USA angestrebt haben, seit sie im Frühjahr 1968 in Verhandlungen mit dem kommunistischen Gegner eingetreten sind?

Prekärer Waffenstillstand

Rein formal sind die Bedingungen, unter denen die Kämpfe in Vietnam eingestellt wurden, Ergebnis eines wohlabgewogenen Kompromisses, zu dem beide Seiten das Ihre beigetragen haben. Hanoi und dem Vietcong ist der angestrebte totale Sieg nicht gelungen. Andererseits aber haben es die Amerikaner nicht erreicht, die nordvietnamesische Invasionsarmee aus Südvietnam zu verdrängen. Sie bleibt präsent, und sie ist – ungeachtet der Waffenruhe – laufend

verstärkt worden. Unter dem Schutz des Abkommens über die Feuereinstellung hat sich offensichtlich ein massiver Aufmarsch kommunistischer Streitkräfte vollzogen, in der erklärten Absicht, sich für eine später wieder aufflammende Auseinandersetzung die besten Ausgangspositionen zu verschaffen. Der Waffenstillstand bleibt labil, auch nachdem er auf Laos ausgedehnt worden ist, und in Kambodscha dauern die Kämpfe sogar in unverminderter Heftigkeit weiter. Der durch die Abkommen von Paris geschaffene Kontrollmechanismus funktioniert mehr schlecht als recht; die Ohnmacht der Internationalen Kontrollkommission ist augenfällig, ihr Auseinanderbrechen würde kaum überraschen, nachdem sie in ihrer Tätigkeit ohnehin weitgehend lahmgelegt ist.

«Vietnamisierung»

Was durch die Pariser Vereinbarungen erreicht wurde, ist die von Nixon so oft beschworene «Vietnamisierung» des Konfliktes. An den Vietnamesen also ist es nun, die endgültige Form der Lösung des Konfliktes zu finden. Das Waffenstillstandsabkommen vom 27. Januar hat ihnen dafür den Weg vorgezeichnet; die Verhandlungen, welche zur Schaffung eines «Nationalen Versöhnungsrates» und schliesslich zu Wahlen führen sollen, in denen das südvietnamesische Volk seine Zukunft frei und selbst zu bestimmen hätte, haben in Pa-

ris begonnen. Ihr bisheriger Verlauf lässt freilich schon heute vorausahnen, dass eine Lösung weder leicht sein noch rasch gefunden werden wird. Auch hier befindet sich die kommunistische Seite eindeutig im Vorteil. Die Zeit arbeitet, wenn nicht alles trügt, für sie. Sie kann es sich erlauben, hinzuhalten und hinauszuzögern. Im Augenblick scheint die Situation nicht günstig für die Kommunisten. Wahlen im gegenwärtigen Moment würden wohl dem Regime des Präsidenten Thieu ein legitimes Mandat einbringen. So suchen die Kommunisten, einem solchen Entscheid fürs erste auszuweichen, in der Hoffnung, dass sie letztlich dank ihrer sich laufend verstärkenden militärischen Präsenz und der uneingeschränkten Rückendeckung durch Hanoi ohnehin am längeren Hebelarm sitzen. Noch ist das «Leopardenfell» zu wenig gesprenkelt.

Es ist unter diesen Umständen deshalb nicht wahrscheinlich, dass der Vietcong und seine nordvietnamesischen Helfershelfer sich schon in nächster Zeit unter Bruch der eingegangenen Verpflichtungen durch einen spektakulären Handstreich gewaltsam in den Besitz der uneingeschränkten Macht in Südvietnam zu setzen versuchen werden. Noch lastet auf ihnen die deutlich ausgesprochene Warnung des amerikanischen Präsidenten, dass eine solche Verletzung des Waffenstillstandes ernste Konsequenzen haben würde. Zwar rechnet kaum jemand in einem solchen Falle mit einer Erneuerung des amerikanischen Engagements in massiver Art – durch den Einsatz von Bodentruppen etwa –, aber eine Wiederaufnahme von Bombardierungen läge wohl durchaus im Bereich des Möglichen. Ein solches Risiko einzugehen dürfte im gegenwärtigen Moment we-

der dem Vietcong noch Hanoi opportun erscheinen.

Aber auch hier kann die kommunistische Seite darauf zählen, dass die Zeit für sie arbeitet. Je mehr sich die Vereinigten Staaten von der Phase ihres aktiven militärischen Einsatzes in Vietnam entfernen, um so mehr werden wahrscheinlich auch die durch den Vietnamkonflikt aufgewühlten Emotionen abklingen, und die Bereitschaft, erneut in die südostasiatischen Wirren einzugreifen, wird schwinden. Ohne Zweifel werden die Kommunisten eine solche Entwicklung bei ihren Entscheiden einkalkulieren. Heute, da wegen der Berichte der amerikanischen Kriegsgefangenen über die in Nordvietnam erlittenen Folterungen und Misshandlungen eine Welle der Erregung durch die USA geht, würde ein kommunistischer Coup möglicherweise zu scharfen Reaktionen Washingtons führen. Hanoi und dem Vietcong dürfte, wenn nicht alles trügt, daran liegen, ein solches Risiko zu vermeiden.

Die USA «nach Vietnam»

Freilich wird man nicht übersehen dürfen, dass dem amerikanischen Präsidenten in allen seinen Handlungen gegenüber Vietnam bereits heute nur ein enger Spielraum zugemessen ist. Assiiert von seinem Sonderberater Henry Kissinger hat Nixon die Vereinigten Staaten mit Ausdauer und Geschick aus den Verstrickungen des Vietnamkrieges herausgeführt. Die in der Vergangenheit so oft beschworene Ära «nach Vietnam» hat begonnen. Sie wird im wesentlichen die amerikanische Administration vor innenpolitische Probleme stellen. Nixons Fernsehansprache vom 31. März hat das deutlich gezeigt; da war von der

Bekämpfung der Inflation und anderen Fragen der Innenpolitik bereits in annähernd gleichem Umfang die Rede wie von Vietnam. Der Konflikt in Südostasien hat die amerikanische Nation in eine tiefe Vertrauenskrise gestürzt. Ihr Höhepunkt ist zwar längst überschritten, aber die Nachwehen sind auch heute noch zu spüren, und es wird einige Zeit dauern, bis diese Folgen des Vietnam-Engagements getilgt sind. Ob der unerschütterliche Glaube an die Richtigkeit und Unfehlbarkeit des «American way of life», der die amerikanische Mentalität einst so entscheidend geprägt hat, überhaupt je wiederkehren wird, ist fraglich geworden.

Denn auch aussenpolitisch sieht sich die amerikanische Politik am Ende ihrer militärischen Vietnam-Verpflichtungen einer veränderten Welt gegenüber. Die Epoche des reinen Bipolarismus ist vorbei. Zwar sind die USA und die Sowjetunion noch immer die stärksten Weltmächte. Noch sind die neuen Kraftzentren, die sich in den letzten Jahren herausgebildet haben, erst wirtschaftlich bedeutsam – wie Westeuropa und Japan – oder potentiell politisch wichtig wie China. Aber sie alle sind doch Faktoren, die künftig auch bei politischen Entscheiden in Rechnung gestellt werden müssen. Die veränderte globale Situation hat letztlich bereits bei den nun getroffenen Vereinbarungen über die Lösung des Vietnamkonfliktes mitgewirkt.

Veränderte Bedeutung Südasiens

Innerhalb dieser neuen weltpolitischen Kräftekonstellation erhält auch Südostasien ein anderes Gewicht. In den sechziger Jahren war es in die spezifische Situation geraten, zum Schauplatz eines

Kräftemessens zwischen den Supermächten zu werden. Der seit Jahren in der ehemaligen französischen Kolonie Indochina schwelende Bürgerkrieg wurde damit zum Bestandteil einer unmittelbaren Konfrontation zwischen den Supermächten. Die USA haben hier direkt mit militärischen Mitteln ihre Politik des Containment weitergeführt. Die Gegenseite hat dieses Engagement zum Anlass genommen, in altbekannter Weise eine weltweite Agitationskampagne zu führen, um die amerikanische Position zu untergraben und zu erschüttern. Diese Phase des Kampfes ist nun beendet. Sie hat beiden Seiten Erfolge und Enttäuschungen gebracht; aus dieser Erkenntnis resultierte der Kompromiss, wie er in den Pariser Abkommen über Vietnam getroffen worden ist.

Diese Vereinbarungen haben jedoch Vietnam lediglich aus den globalen Verwicklungen herausgelöst. Das Waffenstillstandsabkommen ist noch kein Frieden. Die Konfrontation innerhalb Vietnams wird ohne Zweifel weitergehen, ungewiss bleibt lediglich, in welcher Form dies geschehen wird. Im Interesse des vietnamesischen Volkes, das so hohe Opfer an Menschen und materiellen Gütern erlitten hat, wäre zu hoffen, dass weiteres Blutvergiessen vermieden werden kann. Leider deuten im Augenblick alle Zeichen auf das Gegenteil. Die Vergangenheit lastet auf Vietnam. Die gegenwärtige prekäre Waffenruhe kann jederzeit zu Ende gehen. Für Vietnam hätte dann das Pariser Vertragswerk lediglich eine neue Atempause gebracht, ein mehr oder minder friedliches Intervall in einem Krieg, der – wie einst der Dreissigjährige in Europa – nicht erlöschen will.

Alfred Cattani

ISRAELS JUGEND UND IHR STAAT

Die sachliche neue Generation

Kriegshandlungen und die feindselige Haltung der umliegenden Länder kennzeichnen das Leben in Israel. Seit den Tagen der ersten Pioniere – seit etwa neunzig Jahren – lebt die Bevölkerung in dauerndem Alarmzustand. Jeder junge Mensch wird für die Landesverteidigung ausgebildet und befindet sich in permanenter militärischer Bereitschaft. Trotzdem ist die Erziehung darauf ausgerichtet, der jungen Generation die Ideen der Toleranz, der Freundschaft und das Wunschbild des Friedens nahezubringen – Werte, die für das Volkswohl unerlässlich sind.

Von Israels über drei Millionen zählender Bevölkerung sind etwa 50 Prozent im Lande geboren oder vor 1948, dem Jahr der Staatsgründung, eingewandert. Die junge Generation, die ihre Jugendjahre im neuen Staat verbrachte, ist jetzt etwa 25 Jahre alt und imstande, ihren Platz in der Staatsführung und im öffentlichen Leben einzunehmen. Die Tatsache, in Israel geboren zu sein, gibt ihr eine besondere nationale Würde. Diese jungen Menschen sind selbstsicher und stolz.

Aber seit 1948 hat sich im Leben des Landes viel geändert. Israel ist nicht mehr ausschliesslich ein Land der Flüchtlinge und Pioniere, eine Gesellschaft mit turbulenter Vergangenheit. Der Jugend ist der Hang der Älteren zur Romantik des einstigen Pionierlebens fremd – die Eroberung neuer Bereiche ist selbstverständlich für ihre Lebensweise in einem Lande, das aus dem Nichts aufgebaut werden muss.

Hier setzen fühlbare Kontraste zu den Älteren ein, die die Vergangenheit verherrlichen und die nüchternere Gegenwart unterschätzen. Im Bemühen, der Kämpfe um die nationale Freiheit und der heroischen Kolonisation stets zu gedenken, werden die Belange der Jugend verallgemeinert, missverstanden und missachtet. Immerhin übt die vorige Generation trotz grosser Widersprüche einen grossen Einfluss auf die Jugend aus.

Tatsächlich ist diese anders als die wehrhaften Kolonisatoren von einst, weder schlechter noch besser als jene, wenn man ihre Entwicklung und ihre Herkunft vor dem Hintergrund sozialer Neuerungen und vieler Tatsachen sieht, die früher keine Rolle spielten. Aus der heutigen differenzierten Lebensform, der wissenschaftlichen Revolution, der Wohlstandsgesellschaft geht eine Generation hervor, praktisch und biegsam, ziemlich materialistisch eingestellt und skeptisch gegenüber abstrakten Begriffen.

Wenn das Land sich auch nicht mehr im Notzustand befindet, wenn auch nach Jahren der Umwälzungen und Spannungen eine Zeit relativer Ruhe und Routine herrscht, so bestehen doch ernste psychologische und soziale Probleme innerhalb dieser heterogenen Gesellschaft, aus der die neue Jugend hervorgeht und deren Aufgaben sie zu übernehmen hat. Aber trotz der angestrebten Einfügung in die Nation wird nicht daran gedacht, die Differenzen, die in den unterschiedlichen Idealen und Lebenshoffnungen bestehen, auszumerzen und ein erzieherisches Standardpro-

dukt zu schaffen – die künftige Gesellschaft soll vielfältig und geschmeidig bleiben.

Und genau gesehen, bestehen unter der Jugend ungeheure Unterschiede. Da sind die Söhne der früheren Pioniere und Rebellen, die ihre Kindertage in der Atmosphäre von Leiden und Kampf verbrachten. Jetzt, mit der Konsolidierung des Staates und seiner Einrichtungen, sind sie gute Bürger und beträchtliche Individualisten geworden – aber da gibt es natürlich auch Abweichungen und Kompromisse. Andere nehmen eine ausgesprochen religiöse beziehungsweise nicht-religiöse Stellung zum Volk und zur Welt ein: Eine ganze Skala von Abstufungen ist zu beobachten.

Wieder andere – Vertreter einer ephemeren Einstellung – wollen nur genießen, durch ihre Anstrengungen lediglich einen gewissen Lebensstandard erreichen und nicht an das Morgen denken. Ihnen allen gegenüber steht eine neue Generation von Patrioten, die in erster Linie der Gemeinschaft dienen wollen und ihre persönliche Karriere hintansetzen. Dies sind die Menschen, die neue Kibbuzim gründen und Wüstenstriche urbar machen. Sie sind sich einer nationalen Mission und sozialer Verantwortlichkeit bewusst.

Im allgemeinen scheint die neue Generation stark an der Politik und an Ideologien aller Art interessiert zu sein. Ihre Liebe zur Heimat geht sehr tief; ihnen ist diese Landschaft, diese Erde nicht fremd wie den Vätern, die von weither zu ihr kamen. Sie kennt die Heimat seit ihrer frühesten Kindheit und ist in ihr zu Hause. Schule und später der Heeresdienst tragen zur Vertiefung dieses Heimatgefühls bei. Diese Generation weiss sehr genau Bescheid um die politischen Gefahren, die rings-

um lauern, und sie drückt oft genug ihre Ungeduld nach entscheidenden Handlungen aus. Die Jugend ist die Säule der nationalen Existenz und hat damit eine lebenswichtige Aufgabe. Sie hat in den vielen Waffengängen der letzten Jahre ausserordentliche Tapferkeit gezeigt – keine geringere als diejenige in den Aktionen der Gründerzeit. Der Kampf um die Existenz und die Kampfbereitschaft sind für sie selbstverständlich und gehört zum täglichen Leben im Lande.

Zwischen Ost und West

Heute, wie vielleicht überall auf der Welt, bestehen tiefe Kontraste zwischen den Generationen. Einst verband die Eltern und Kinder der Kampf um das Überleben des Volkes; die Älteren gaben die Richtung an und die Jüngeren folgten nach. Heute leben die Eltern in der Erinnerung an die einstigen Taten und Ereignisse, und die Jugend will Status, Besitz und die Verwirklichung ihrer Pläne. Die Jungen sträuben sich nicht gegen das Postulat der Ideale, jedoch gegen das Pathos der Ideologien, das Dogma, die Erstarrung. Vielleicht haben sie damit recht: sie sind der Meinung, dass Ideen dauernd revidiert und verändert werden müssen. Sie machen sich in nicht geringem Mass Gedanken über die neuen Ideale, das künftige Aussehen des Staates. Dieser soll nicht mehr ein Ort der Zuflucht, ein geistiges Zentrum, sondern der Boden einer vitalen Gemeinschaft sein. Sie kennen nur die Freiheit des Menschen im eigenen Land – weder Ghettos noch Verfolgungen.

Es erweist sich mehr und mehr, dass nicht das Elternhaus, sondern die Schule

massgebend ist für die Charakterformung und die intellektuelle Prägung des jungen Menschen. Mit fortschreitendem Wachstum geht das Kind mehr und mehr im öffentlichen Bereich auf. Dies hat zur Folge, dass sich die Jugend langsam von der Generation der Erwachsenen entfernt und die bestehenden Differenzen sich verstärken. Solche Differenzen bestehen meistens in Familien, in denen die Mutter berufstätig ist und sich nicht genügend den Kindern widmen kann, und ebenfalls bei den aus dem Orient stammenden Familien, in denen das kulturelle Niveau niedrig ist und dem Kind keine Anregungen bietet. Trotzdem aber gelingt die Eingliederung der orientalischen Kinder in das soziale und wirtschaftliche Leben im allgemeinen ohne Schwierigkeiten.

Die Frage, ob der Wert der westlichen Erziehung im Kulturleben den Vorzug haben soll, ist schwer zu beantworten. Natürlich richtet sich die Formung des jungen Menschen nach der wissenschaftlichen und technologischen Revolution, aber ist darum der Kulturwert des Westens unbesehen voranzustellen? Denn auch die östliche Geisteswelt hat ihre Werte: die starke Traditionsverbundenheit, die spirituelle Bedeutung der religiösen Feste, das enge Familienleben. Doch bei der Jugend ist immer mehr der Einfluss europäischer und amerikanischer Erzieher und Professoren zu verspüren, der den jungen Menschen zu einer sachlichen, objektiven und kosmopolitischen Denkweise führt. War das Ziel des einstigen Menschen ein Leben der Kolonisierung im Kibbuz oder in den Weiten des Negev, so denkt der Student heute an ein Studium in Europa oder Amerika, mit darauffolgender Berufung als Wasser- oder Bauexperte nach Südamerika,

Afrika oder den asiatischen Ländern. Er erreicht sein Ziel auch meistens und bleibt viele Jahre ausser Landes.

Israels Staatserziehung ist nicht monolithisch, sie ist sehr flexibel und passt sich dem Zusammentreffen vieler Umstände an. Eine Schule in der Stadt ist ganz anders als eine solche im Kibbuz, und auch hier gibt es viele Abweichungen. Jedenfalls widmet die Regierung bei der Budgetverteilung ihr höchstes Augenmerk auf die Erziehung. Hier lässt sie sich von zwei Prinzipien leiten: dass die Erziehung die Grundlage für die Zukunft des Landes bildet, und dass sie den Menschen formen soll, als ob das Land sich nicht im Kriegszustand befände. Die hohe Proportion der Studenten an den sieben israelischen Universitäten beweist den Erfolg dieses Erziehungssystems. Sie ist per capita die dritthöchste der Welt.

Die Haltung des jungen Menschen gegenüber den täglichen Erfordernissen des Lebens ist sachlich, gerecht. Neunzig Prozent der jungen Männer und fünfzig Prozent der Mädchen gehen für mehrere Jahre, ohne zu protestieren, in den Militärdienst, dazu kommt für längere Zeit ein jährlicher, mehrwöchiger Dienst. Dies ist selbstverständlich. Die Jungen sehen schweigend zu, wie der neue Einwanderer sich unter viel besseren Bedingungen und einer Reihe von Konzessionen im Lande sesshaft macht, während ihre Eltern für alles schwer ringen mussten. Es gibt keine Studentenunruhen hier, noch Trink- und Rauschgiftgelage. Sie gehen ruhig ihres Wegs, studieren und arbeiten.

Suche nach Identität

Das Problem des Zusammenlebens mit der arabischen Minderheit beschäftigt

die Jugend in vitaler Weise. Es ist ihr klar, dass, wie sich die Zukunft des Staates auch gestalten mag, wir noch eine lange Zeit hin mit den Arabern leben werden. Hass gegenüber dem Araber ist der Jugend fremd, und sie will nicht die offizielle Regelung des Problems abwarten. Unterdessen beschäftigt sie sich mit den unmittelbaren psychologischen und sozialen Aufgaben. Auch in den arabischen Gebieten ist die Erziehung der Jugendlichen positiv zu werten, und auch diese Jugend drängt unaufhaltsam vorwärts. Die jungen Araber bemühen sich, es in Wissen und moderner Lebensart ihren Kollegen gleichzutun und die ihnen jetzt so vielfältig gebotenen Entwicklungsmöglichkeiten auszunutzen. Denn auch sie, wie die jungen Juden, sind ehrgeizig, strebsam und in wachsendem Masse individualistisch. Sie denken weniger daran, ihr Leben und ihre Karriere dem Ruf des Staates zu opfern, als an ihre persönliche Stellung im Staatswesen, ihr eigenes Fortkommen in einer organischen Gemeinschaft, in der jeder Bürger das Recht auf sein Glück hat.

Unbestreitbar neigt die Entwicklung Israels, angesichts seiner Lage auf der Wasserscheide zwischen Afrika und Asien, dem Osten zu, wenn man von den Einflüssen der starken Einwanderung aus Amerika, Frankreich und Südamerika absieht. Erst die Zukunft wird zeigen, wie tief diese Einflüsse gehen; vorläufig fügen sich diese Elemente leicht in das Staatswesen ein. Es sind ruhige, arbeitsame Leute, die die ihnen offenstehenden Gelegenheiten der Berufsausbildung und der Erwerbung von Wissen und Kultur eifrig ergreifen. Die Aufnahme in den israelischen Militärdienst fördert diesen Prozess der Einordnung und erweist sich als ausge-

zeichneter Erziehungsfaktor. Oft gibt sie dem jungen Mann die Möglichkeit der Wahl eines Berufes oder der Weiterbildung in einem bestimmten Fach.

Es wird der neuen Jugend anheimgestellt bleiben, wie Israels Stellung in diesem Teil der Erde konsolidiert werden und ein friedliches Zusammenleben mit der arabischen Welt erzielt werden kann. Weiterhin müssen in der Zukunft die Kontakte mit den afrikanischen und asiatischen Ländern verankert werden. Dies sind dringende Probleme, und die junge Generation kann an dieser Frage nicht vorbeigehen. Die wirtschaftliche und politische Orientierung tendiert nach dem Osten; westliche Kultur und westliche Belange treten allmählich in den Hintergrund.

Dieser Zug macht sich langsam auch innerhalb des Staates bemerkbar. Die folkloristische Tradition des Menschen in Israel weist nach dem Orient, wenn sie auch in letzter Zeit stark von westlichen Methoden und Geschmacksrichtungen durchsetzt wurde. Auch die Landessprache, das Hebräische, bleibt immer die Sprache des Alten Testaments, trotz der Erneuerungsversuche literarischer und religiöser Komitees. Der junge Mensch befindet sich daher gewissermaßen in einem Dilemma: er hat seine kulturelle und geographische Identität noch nicht gefunden.

Wie diese Identität aussehen wird, welche Züge sie tragen wird, ist noch nicht erkennbar; sie wird jedenfalls einige der ideologischen und professionellen Aspekte aufweisen, die sich aus den vielgesichtigen Einwanderungswellen herauskristallisiert haben. Sie wird auch auf der Erkenntnis aufgebaut sein, dass das jüdische Volk im Lande nicht mehr eine Minderheit darstellt, wie dies in der übrigen Welt aufgefasst wird. Zuletzt

wird dieses neue kollektive Image auch von einem starken Patriotismus beseelt sein.

Viele junge Leute in den Altersgruppen von 30–40 haben bereits beträchtliche Leistungen in der Landwirtschaft, der Armee, der Industrie und den Wissenschaften vorzuweisen. In der Politik lässt sich hingegen eine gewisse Stagnation feststellen, und dies wohl aus dem Grunde, weil die Jugend weitgehend

mit den politischen Massnahmen der Regierung einverstanden und überzeugt ist, dass dies die einzig richtigen Schritte sind. Es ist schwer für einen jungen Mann, zu einem hohen Regierungsposten zu gelangen. Aber auch hier lässt sich neuerdings eine Tendenz zur Heranziehung von jüngeren Kräften erkennen.

Hannah Petor

WIRTSCHAFTSPOLITIK IM ELFENBEINTURM?

Im Interesse der Sache und «Interessenvertretung»

Namentlich aus Kreisen der Wissenschaft werden von Zeit zu Zeit Stimmen laut, die sich gegen eine Beteiligung der Wirtschaftsorganisationen an der politischen Meinungs- und Willensbildung in der in unserem Land üblichen Weise zu wenden scheinen. Sie stempeln diese Beteiligung ohne nähere Differenzierung als «Interessenvertretung», als «Lobbyismus» ab oder verwenden dafür auch andere disqualifizierende Bezeichnungen. Diese Mitwirkung kommt vor allem im vorparlamentarischen Gesetzgebungsverfahren zum Spielen, indem Entwürfe für Verfassungsartikel, Bundesgesetze und Verordnungen des Bundesrates ausser den Kantonen und den politischen Parteien auch den Spitzenorganisationen der Wirtschaft zur Stellungnahme unterbreitet werden. Die Arbeitnehmerorganisationen sind hierbei eingeschlossen. Dieses sogenannte Vernehmlassungsverfahren ist in verschiedenen Artikeln

der Bundesverfassung verankert. So bestimmt insbesondere Artikel 32 Absatz 3, dass die zuständigen Organisationen der Wirtschaft vor Erlass der Ausführungsgesetze zu den Wirtschaftsartikeln anzuhören seien.

Ein anderes Mittel der Beteiligung von Wirtschaftsorganisationen an der Gestaltung des politischen Lebens bildet die Mitgliedschaft ihrer Vertreter in Kommissionen des Bundes, seien es solche mit Dauercharakter, seien es Expertenkommissionen mit vorübergehendem Auftrag. Den Spitzenorganisationen fällt insbesondere auch die Aufgabe zu, im Sinne eines Ausgleichs der Interessen der durch sie vertretenen Kreise zu wirken und sie auf einen gemeinsamen Nenner zu bringen.

Während früher, namentlich in den dreissiger Jahren, Bestrebungen im Gang waren, den «Verbänden» Möglichkeiten zu einer sehr weitgehenden Einwirkung auf die Wirtschaftspolitik und auf das Wirtschaftsleben einzuräumen – ihnen etwa unter dem Einfluss korporativstaatlicher Ideen durch die

Institution der Allgemeinverbindlicherklärung von Verbandsbeschlüssen öffentlichrechtliche Befugnisse zu übertragen – scheint man nun in einzelnen Kreisen in ein anderes Extrem zu verfallen: Der Einfluss der Verbände soll zugunsten der Wissenschaft möglichst zurückgedrängt oder ganz ausgeschaltet werden.

Konjunkturbeobachtung und Konjunkturpolitik

In einem Aufsatz in einer Tageszeitung von anfangs Februar dieses Jahres hat beispielsweise Professor Hugo Sieber im Zusammenhang mit den Konjunkturbeschlüssen vom Dezember 1972 unter anderem beanstandet, dass die Kommission für Konjunkturfragen bei der Ausarbeitung des Massnahmenpakets nicht beigezogen worden sei, und postuliert, dieses Gremium sollte sich vermehrt anstatt nur mit «Konjunkturbeobachtung» auch mit beschlossenen oder zu treffenden konjunkturpolitischen Massnahmen befassen. Er führte weiter aus: «Bei der heutigen gemischten Zusammensetzung der Kommission aus Wissenschaftlern und Interessenvertretern wäre allerdings an eine solche Ausweitung nicht zu denken. Das könnte sinnvollerweise nur die Aufgabe eines Teams völlig interessenunabhängiger Ökonomen sein.» Die mit einer solchen Aussage erfolgte Disqualifizierung der Mitarbeit der Herren Gutersohn, Jucker, Wüest und des Schreibenden durch jemanden, der in die Tätigkeit der Kommission für Konjunkturfragen keinen näheren Einblick hat, muss verwundern. Gerade die Kommission für Konjunkturfragen ist ein Gremium, in welchem – nach meinen bisherigen Erfahrungen –

kaum Interessenstandpunkte zur Geltung kommen. Die Mitwirkung von Wirtschaftsorganisationen ist im Gegenteil sachlich notwendig. Denkt sich Professor Sieber beispielsweise, dass die Kommission für Konjunkturfragen in der Lage wäre, ohne engen Kontakt mit der Wirtschaft, das heisst mit den Datenlieferanten, ein realistisches Konzept für die künftige Wirtschaftsstatistik auszuarbeiten und damit einem ihr erteilten Auftrag nachzukommen? Stellt er sich im übrigen vor, es wäre möglich, Ertragsbilanzschätzungen ohne den Beizug der Banken und der Industrie (insbesondere für Kapitalerträge und Lizenzgebühren) vorzunehmen?

Indessen plädiert Professor Sieber nicht für den generellen Ausschluss der Vertreter der Wirtschaft aus der Kommission für Konjunkturfragen, sondern nur von deren Arbeiten im Bereich der Konjunkturpolitik. Was diese betrifft, so ist es gewiss erwünscht, dass die Wissenschaft sich vermehrt zum Wort meldet und ihre Meinung bekanntgibt. Welches ist aber diese Wissenschaft? Spricht sie stets mit einer einzigen Stimme? Unterliegt sie nicht oft Irrtümern, vor allem auch wegen des fehlenden Kontaktes mit der Wirtschaft? Dass die Mitwirkung von Vertretern von Spitzenorganisationen der Wirtschaft in der Kommission für Konjunkturfragen – und wohl allgemein in der wirtschaftspolitischen Meinungsbildung – Professor Sieber offenbar ein Dorn im Auge ist, braucht vielleicht als nicht allzu bedeutungsvoll angesehen zu werden, hat sich doch der Bundesrat in seinem Bericht über die Richtlinien der Regierungspolitik in der Legislaturperiode 1971 bis 1975 über den einschlägigen Sachverhalt wie folgt geäussert: «Den Sozialpartnern kommt bei der Lö-

sung wichtiger Landesaufgaben, namentlich auch im Bereiche der Wirtschaftspolitik, grosse Bedeutung zu. Sie sind massgebend an der wirtschaftspolitischen Willensbildung und Entscheidungsfindung beteiligt und beeinflussen durch ihr Verhalten die Wirtschafts- und Konjunkturpolitik nachhaltig. In unserer föderalistischen Referendumsdemokratie, in welcher der wirtschaftliche Gestaltungsauftrag des Staates begrenzt ist, erweist sich die Mitwirkung der Sozialpartner bei der Wirtschafts- und insbesondere bei der Konjunkturpolitik unserer Ansicht nach als unentbehrlich.»

Pluralismus versus Expertokratie

Eine wirklichkeitsnahe Konjunkturpolitik ist ohne Beizug der Wirtschaft nicht möglich. Es mag auch von Interesse sein, in diesem Zusammenhang die «Frankfurter Allgemeine Zeitung» vom 27. Januar 1973 zu zitieren, wo in einem redaktionellen Artikel über die Funktion der Verbände unter anderem nachzulesen ist: «Der moderne Staat ist ohne ein gut ausgebildetes Verbandswesen nicht denkbar, er ist auf das richtige Zusammenspiel sogar angewiesen. Das Wort <Pluralismus> kennzeichnet eine Vielzahl von Interessen und Gruppen, die nach Organisation drängen. Sie haben ihre speziellen Anliegen und besonderen Wünsche, und es ist auch heute durchaus legitim, wenn Verbände die Interessen ihrer Mitglieder nicht nur deutlich machen, sondern auch durchzusetzen versuchen. (...) Ausserdem ist in den einzelnen Verbänden ein ungewöhnlich grosses Mass an speziellem Fachwissen versammelt. Dieses Fachwissen kann für die richtige, das heisst

auf das Gemeinwohl gerichtete Entscheidung der Regierung unerlässlich sein. Durch Verbände können Regierende erst in die Lage versetzt werden, infolge der exakten Kenntnis von Gruppenmeinungen und Wünschen ihr Urteil unter Berücksichtigung und nach Abwägen der verschiedenen Interessenmeinungen zu treffen und durch die Verwendung des speziellen Fachwissens die Qualität der Entscheidungen wesentlich zu erhöhen.» Und Nationalrat Leo Schürmann schreibt über das Vernehmlassungsverfahren zum Entwurf für ein Bundesgesetz über die Raumplanung in der Neuen Zürcher Zeitung vom 24. Juli 1971: «Jedenfalls hat sich die Nützlichkeit des Vernehmlassungswesens ein weiteres Mal bestätigt. Die seriöse Beschäftigung mit einem rechtspolitischen Thema durch die direkt oder indirekt Interessierten und Betroffenen in einer frühen Phase des Verfahrens zeitigt ein Gedankengut, das den Gegenstand auf glücklichste bereichert.»

Es hat sich in jüngster Zeit verschiedentlich als Fehler erwiesen, dass man die durch wirtschaftspolitische Massnahmen unmittelbar betroffenen Kreise nicht rechtzeitig konsultiert hat. Dies war beispielsweise der Fall bei den dringlichen Konjunkturbeschlüssen vom Dezember 1972, bei denen einzelne Bestimmungen von der Verwaltung in einer Weise formuliert worden waren, dass sie gar nicht praktikabel gewesen wären. Im parlamentarischen Verfahren konnten dann dank der Aufmerksamkeit der potentiellen Normadressaten die nötigen Korrekturen glücklicherweise noch vorgenommen werden.

Gewiss, verantwortlich für die letztlich zu treffenden Entscheide sind Regierung und Gesetzgeber; sie können

diese Verantwortung nicht abwälzen. Aber vor einer Entscheidung sollten sie die Vertreter der Wirtschaft konsultieren, und zwar im Interesse der Sache. Für die Wissenschaft gilt das gleiche; ihr eine Vorrangstellung einzuräumen, wie es Professor Sieber offenbar vorschwebt, wäre indessen verfehlt. Vor der Prädominanz einer nationalökonomi-

schen Expertokratie ist im Gegenteil zu warnen. Es darf sie schon deshalb nicht geben, weil Lehrmeinungen – und auch Modeströmungen – sich in der Wissenschaft oft schnell ablösen, und was heute als richtig gilt, kann in wenigen Jahren wieder überholt sein.

Fritz Ebner

ZUR SITUATION DES KATALANISCHEN THEATERS

Am 29. Januar 1867 erschien im *Boletín oficial* der spanischen Regierung folgende Notiz: «Die Königin (Gott erhalte Sie) hat zu verfügen geruht, dass künftig der Zensur keine dramatischen Werke mehr vorgelegt werden können, die ausschliesslich in irgendeinem Dialekt der spanischen Provinzen verfasst sind.» Madrid unterstrich mit dieser Verfügung, dass es in Spanien nur eine vollgültige Sprache, das Kastilische, gab. Andere Idiome wurden als Dialekte abqualifiziert. Die katalanischen Schriftsteller wussten die gesetzliche Bestimmung zu umgehen, indem sie künftig in ihre Stücke eine oder mehrere kastilisch sprechende lächerliche Personen einführten.

Es ist typisch für die spanische Situation, dass sich die Lage des Katalanischen auch noch heute nicht grundsätzlich gewandelt hat. Die Vorzensur, wie sie das Ministerium für Information und Tourismus nach der Abschaffung der offiziellen Zensur wahrnimmt, verweigert zwar nicht die Lektüre katalanisch verfasster Skripte, aber sie lässt ihnen ganz besondere Aufmerksamkeit angedeihen. Es ist wahrscheinlicher,

dass ein katalanisch geschriebenes Stück von der Aufführung zurückgehalten wird als ein kastilisches. Nach dem Bürgerkrieg durfte Katalanisch in der Öffentlichkeit (und Theater galt bereits als Öffentlichkeit) nicht mehr benutzt werden. Erst 1946 wurde wieder eine Aufführung in katalanischer Sprache erlaubt. Verfasser des Stücks war der dem Franco-Regime ergebene *J.-M. Sagarra*, der künftig gerne als Aushängeschild für angebliche Toleranz benutzt wurde.

Die allmähliche Lockerung der Restriktionen, die am Ende der fünfziger Jahre wieder katalanisches Theater möglich machte, bedeutete zunächst nicht sehr viel. Der grösste Teil der katalanischen Dramatiker war 1946 noch in der Emigration oder dem Regime so suspekt, dass es sinnlos war, von den Behörden Aufführungserlaubnis zu erhoffen. Über die recht geschickt gebauten, aber technisch und ideologisch dem Theater einer anderen Zeit verbundenen Stücke von Sagarra war keine Erneuerung des Theaterlebens oder der Anschluss an das moderne Theater des Auslands zu erhoffen. Die Strukturen, auf die sich das

Theaterleben einer Stadt und eines Landes stützt, lassen sich nicht improvisieren. Von offizieller Seite war bestenfalls Toleranz, sicher keine Unterstützung zu erwarten. Wenn es wieder katalanisches Theater geben sollte, das diesen Namen verdient, mussten die daran Interessierten zur Selbsthilfe greifen.

Mit der Gründung der *Agrupació Dramàtica de Barcelona* (ADB) organisierte sich 1955 erstmals ein «unabhängiges» katalanisches Theater. Möglich wurde seine Tätigkeit in den folgenden Jahren durch *Frederic Roda*, *Maria Aurèlia Capmany* und die mit dem deutschen Theaterleben eng verbundenen *Ricard Salvat* und *Feliu Formosa*, die sich mit beispielhafter Energie und Kompetenz für das Theater engagierten. Ihnen ist es zu verdanken, dass 1963 erstmals in Spanien vor grossem Publikum Brecht aufgeführt werden konnte. Dass diese Aufführungen in katalanischer Sprache gegeben wurden, kann die Bedeutung Barcelonas als offene Tür nach Europa besonders anschaulich machen. *Frederic Roda* gelang es nach Überwindung unsäglichter Zensurschwierigkeiten und bürokratischen Schikanen, zu denen etwa die Beschränkung der Anzahl der Aufführungen gehörte, im Herbst 1963 in dem von dem modernistischen Architekten *Luis Doménich Y Muntaner* zu Beginn des Jahrhunderts geschaffenen *Palau de la Música Catalana* mit seinem Glas- und Majolicaprunk eine von *Feliu Formosa* und *Joan Oliver* verfasste Übertragung der «*Dreigroschenoper*» zu inszenieren. Die Aufführung der ADB wurde zur Theatersensation. Seitdem hat Spanien seinen Brecht, weil es selbstverständlich nicht bei der «*Dreigroschenoper*» blieb.

Etwa gleichzeitig wurde unter der

Regie von *Feliu Formosa* und seiner Theatergruppe «*Gil Vicente*», die bereits 1958 mit einer Aufführung von «*Die Ausnahme und die Regel*» den spanischen Brechtdurchbruch vorbereitet hatte, in *Ripoll* vor etwa tausend Zuschauern eine Textmontage «*Poesia-document*» (*Deutsche Dichter gegen den Krieg*) gegeben. *Ripoll* gehört mit *Montserrat* zu den bedeutendsten Klöstern Kataloniens. Dass ein hauptsächlich auf Brechttexten basierendes Rezipital von der dortigen Kurie gefördert wurde, kann die Rolle des katalanischen Klerus innerhalb der katalanischen Intelligenz veranschaulichen.

Feliu Formosa hat das Verdienst, seine aussergewöhnliche Theatererfahrung nach *Terrassa*, ins Hinterland von *Barcelona*, getragen zu haben. In mittleren Städten ist es oft leichter, eine Theatergruppe zu sammeln, als in dem infolge seiner Grösse zentrifugalen *Barcelona*.

Das katalanische Theater kann in der Regel mit keinen Subventionen rechnen. Man versuche sich vorzustellen, was der Entzug öffentlicher Mittel für unsere mitteleuropäischen Bühnen bedeuten würde. Die Gagen der katalanischen Schauspieler, die auf die eingespielten Beträge angewiesen sind und zugleich die Eintrittspreise so niedrig halten müssen, dass sie für das hauptsächlich angesprochene junge Publikum noch attraktiv bleiben, sind so bescheiden, dass niemand seinen Lebensunterhalt damit verdienen kann. Wo katalanischsprachiges Theater aufgeführt wird, geschieht dies in der Regel durch junge Enthusiasten, die tagsüber ihrem Broterwerb nachgehen. Hier ist ganz offensichtlich gut gemeintem Dilettantismus Tür und Tor geöffnet, und manchmal wird vergessen, dass Theater

nicht schon dadurch gut wird, weil katalanisch gesprochen wird.

Angesichts dieser Situation ist es um so erstaunlicher, dass durch Regisseure wie Ricard Salvat Aufführungen realisiert wurden, die internationale Beachtung fanden. Voraussetzung für diese Erfolge waren Salvats theatralische Lehrjahre im Theater am Schiffbauerdamm und das Paradigma des Piccolo Teatro der Stadt Mailand unter Strehler. Ricard Salvat gab sich Rechenschaft, dass das Theaterleben einer Stadt ein Repertoire und geschulte Kräfte braucht, dass katalanisches Theater nur dann der Gefahr der Provinzialisierung entgehen konnte, wenn es internationale Massstäbe nicht ignorierte. Die Konsequenz dieser Überlegungen war die mit Maria Aurèlia Capmany 1960 ins Leben gerufene *Escola d'Art Dramàtic Adrià Gual* (EADAG). Dass der Name eines nur innerhalb der katalanischen Sprachgrenzen hinreichend bekannten Dramatikers in den Namen der Truppe aufgenommen wurde, war bei aller Weltläufigkeit Salvats ein Bekenntnis zur lokalen Tradition, wie es sich auch in Strehlers Aufmerksamkeit für den Mailänder Dialektautor Bertolazzi fand.

Ricard Salvat schaffte mit seiner EADAG den grössten katalanischen Theatererfolg der Nachkriegszeit. Es ist bezeichnend, dass es sich dabei wie in Formosas *«Poesia-document»* um eine Textmontage handelte. Die Aufführung, auf die ich mich beziehe, trug den Titel *«Ronda de mort a Sinera»* (Rundgang des Tods in Sinera). Zugrunde gelegt wurden ihr Texte von Salvador Espriu, in dem die Katalanen heute ihren repräsentativsten Schriftsteller sehen. Die Ovation, die die *«Ronda de mort a Sinera»* erhielt, war auch die Ovation

für einen Mann, der stets kompromisslos die katalanische Sache vertreten hatte. Eines der zentralen Themen im Werk Esprius ist die Rolle Kataloniens innerhalb Spaniens und die Situation des Lands nach dem mörderischen Bürgerkrieg. Ein Gedichtzyklus Espriu trägt den symbolisch zu verstehenden Titel *«La pell de brau»* (Die Stierhaut). Spanien wurde bereits in der Antike mit einer Stierhaut verglichen. Die Assoziation zu den spanischen Stierkampfarenen und dem dort als Ritus geübten Blutvergiessen wird von Espriu zu einer rigorosen zyklischen Struktur einer Gedichtfolge erweitert und ausgebaut. Salvat hatte sich schon vor seiner erfolgreichen *«Ronda de mort a Sinera»* in einer Inszenierung der *«Stierhaut»* mit Espriu auseinandergesetzt. Die Espriu-Kennerin Capmany und der Dichter arbeiteten mit Salvat eng zusammen, um den Erfolg abzusichern. Salvats Espriu-Inszenierung machte endlich wieder den Export katalanischen Theaters möglich. Mit der *«Ronda de mort a Sinera»* in Madrid ergab sich der seltene Fall, dass eine katalanische Bühne aus Barcelona in der Hauptstadt gastierte: zum erstenmal seit 1904 konnte man dort wieder Theater in katalanischer Sprache hören. Es blieb nicht dabei: Aufführungen in Frankreich und Italien verhalfen dem Werk zu internationalem Ansehen.

Und doch: wer sich um katalanisches Theater bemüht, nimmt eine Sisyphos-Arbeit auf sich. Mit dem Erfolg ist es nicht getan, wo wie im Fall der ADB eine Truppe durch den Gesetzgeber aufgelöst wird, weil gerade der Erfolg beunruhigt. Nicht immer kann sich Madrid darauf verlassen, dass der lange Marsch der Frustrationen und Enttäuschungen bei freiwilliger Resi-

gnation endet. Aber es ist doch kennzeichnend, dass gerade diejenigen, deren Kompetenz das Niveau der Aufführungen garantierte, sich allmählich vom «unabhängigen» Theater zurückziehen. Feliu Formosa, der 1971 eine Sammlung seiner Artikel zum Theater vorlegte¹, gibt darin ausführliche Rechenschaft über die zahlreichen Schwierigkeiten, mit denen sich die von ihm gegründeten Theatergruppen «Gil Vicente» und «6×7» bei ihrer Aufführungspraxis in den «comarques» und in Arbeitervorstädten auseinanderzusetzen hatten. Ricard Salvat veröffentlichte etwa gleichzeitig eine Sammlung selbstkritischer Äusserungen, die im Zusammenhang mit seinen Inszenierungen entstanden waren². Salvat gibt detaillierte Darstellungen der Kriterien, die ihn jeweils bei seiner Regie leiteten. Kennzeichnend ist die Tatsache, dass die Veröffentlichung beider Bändchen an einem Scheideweg ihrer Autoren erfolgte. Bei Formosa, der ein Theater von Berufsschauspielern wünscht, um aus der Phase ständigen Improvisierens und ununterbrochener Neuanfänge herauszukommen, hat sich die Überzeugung durchgesetzt, dass bei den derzeit herrschenden Verhältnissen dieser von ihm geforderte Theatertyp nicht realisierbar ist. Es ist symptomatisch, dass er für nächsten Herbst zwei Gedichtbände angekündigt hat. Ricard Salvat hingegen wurde vor zwei Jahren zum Direktor eines vom Ministerium für Information und Tourismus abhängigen Organismus mit dem hochtrabenden Namen «Teatro Nacional de Barcelona» ernannt. Handelt es sich seitens des Ministeriums bei der Ernennung um den Versuch, den bekanntesten Vertreter des «unabhängigen» Theaters in Katalonien an die Leine zu legen, und war

die Annahme des Angebots durch Salvat vielleicht nichts anderes als eine Flucht nach vorn, um jenes Theater von Berufsschauspielern zu ermöglichen, ohne das alle Tätigkeit ein Provisorium bleiben muss?

Maria Aurèlia Capmany, die 1966 das literarische Kabarett «*La Cova del Drac*» in der eleganten calle Tuset ins Leben rief und mit dem von Feliu Formosa und Francesc Nello geleiteten «*Teatre de prop*» eröffnete, hielt 1965 in einem temperamentvollen, die Dinge beim Namen nennenden Pamphlet aus Anlass der Saison 1964/65 für die katalanische Zeitschrift *Serra d'Or* einige das Theaterleben der Stadt kennzeichnende Fakten fest: mehr kastilisches als katalanisches Theater; kein Theater mit eigenem Ensemble; kommerzielles Theater, das bei näherer Betrachtung gar nicht kommerziell ist; keine Stars, mit der einzigen Ausnahme Núria Espert, die aber praktisch nicht auftritt; erlahmendes Interesse für den Volksschauspieler Joan Capri; abgesehen vom Festival des Teatro Romea und vom Zyklus lateinischen Theaters, die mit Subventionen der Stadt gefördert wurden, ist sämtliches Theater in Barcelona, das diesen Namen verdient, das Werk nicht-professioneller Gruppen; meist aufgeführter Autor Shakespeare, auf ihn folgt Alfonso Paso. Schlussfolgerung: Barcelona ist eine kleine Provinzstadt, die von Madrid abhängt. Der Leser mag sich ungehalten fragen, warum ich für einen Bericht über die Theatersaison 1972/73 einen vor fast acht Jahren publizierten Artikel resümiere. Die Erklärung brauche ich nicht schuldig zu bleiben. Die Polemik aus Anlass der Theatersaison 1964/65 scheint aus Anlass der vergangenen geschrieben zu sein. Das Theaterleben in

Barcelona stagniert. Die Stadt ist dem Überdruck aus Madrid nicht gewachsen. Bedenkt man, dass ein Dramaturg auch unter verhältnismässig günstigen Bedingungen das ewige Tauziehen mit den Geldgebern über hat (ein typisches Beispiel für diesen Fall war Strehler), kann man sich vorstellen, was unter politisch und wirtschaftlich ungünstigen Bedingungen aus Projekten und Hoffnungen wird. Katalonien wird bewusst zur Provinz degradiert, wenn man etwa Nuria Espert verwehrt, die Aufführung von Lorcás «Yerma» in ihrer Heimat erstmals über die Bühne gehen zu lassen. Erst nachdem Madrid das ius primae noctis für die spanische Hauptstadt erzwungen hatte und die Truppe in den USA mit überschwenglichem Lob bedacht worden war, durfte die Inszenierung im Coliseum in Barcelona gegeben werden. An Tagen des Vorverkaufs bildeten sich jeweils lange Schlangen vor den Theaterkassen, durch die sich die Nuria-Fans nicht einschüchtern liessen.

Die «Compañia Nacional Angel Guimera» gab im Teatro Moratin «*Les alegres Casades de Windsor*» in der katalanischen Übersetzung von Josep Maria de Sagarra. Die Aufführung der *Lustigen Weiber* unter der Regie von Antoni Chic ging zwar, vor allem was die Interpretation der Titelrollen durch Montserrat Carulla und Marta Padovan anbelangte, durchaus über gutes Mittelmass hinaus, aber es fehlte an einer stringenten Konzeption der Regie, wie man sie bei einer Truppe, die unter dem Etikett «Compañia Nacional» mit den Segnungen des Ministeriums für Information und Tourismus und den Zuschüssen der Stadt Barcelona auftritt, füglich erwarten zu können glaubt. Der Name ist jedoch irreführend: in

Wirklichkeit handelt es sich um ein ad hoc zusammengewürfeltes Ensemble, und angesichts dieser Tatsache ist die Aufführung immer noch beachtlich.

Was Gruppendynamik bedeutet, das zeigte sich anlässlich des XIII. Cicle de Teatre al Romea (es handelt sich dabei um ein Theater, wo das Katalanische eine Heimstatt hat, wenn es sich auch 1972/73 monatelang mit der für die persönlichen Zwecke des Kassenschlagers Joan Capri zusammengestellten Boulevardkomödie «*L'amic del ministre*» begnügte). Der zum Teil mit Mitteln der Stadt Barcelona ermöglichte Theaterzyklus «*Cavall fort*» wendet sich vor allem an die Jugend und findet an Sonntagvormittagen statt. Die Aufführung von Goldonis «*Diener zweier Herren*» durch den Grup Palestra aus Sabadell zeigte, was ein katalanisches «Provinz»-Theater zu leisten vermag, wenn dahinter ein verantwortlicher Regisseur wie Ramon Ribalta steht. Hier wurde keine Goldoni-Philologie betrieben, sondern das Brio dieser Rokokokomödie freigelegt. Snobs mögen daran erinnern, dass Strehlers Inszenierung viel vollkommener war. Die Theaterbesucher in Barcelona haben nichts davon, und es kann daher gar nicht genug gelobt werden, dass hier auch dank der brillanten Übersetzung von Joan Oliver ein Goldoni gegeben wurde, dessen sich Sabadell nirgendwo auf der Welt zu schämen brauchte.

In Barcelonas experimentierfreudigstem Theater, *Capsa*, hospitierten in der vergangenen Saison Truppen aus ganz Spanien. Unter zahlreichen interessanten Veranstaltungen war die interessanteste wohl die Pantomime «*Mary d'Ous*» der Truppe «Els Joglars», die inzwischen auf eine zehnjährige Tätigkeit zurückblicken kann. Gegründet

wurden «Els Joglars» von Albert Boadella, der bei Italo Ricciardi in Barcelona und bei dem Decroux-Schüler Pierre Saragoussi in Paris Mimik studierte. Eine Aufführung dieses Ensembles überlässt nichts dem Zufall. Die sechs Körper (drei Frauen, drei Männer) bilden eine lückenlose strukturelle Einheit. Handlung im herkömmlichen Sinn entfällt. Der gesellschaftliche Bezug, der nicht fehlt, wird immer in Pantomime umgesetzt. Wie in der Musik bleibt das «Thema» sekundär. Die Dialoge werden mit wenigen in zahlreichen Modulationslinien variierten Lauten bestritten. Ein Stahlgerüst sorgt für die Gliederung des Bühnenraums und ist ständiger Bezugspunkt der horizontalen, diagonalen und vertikalen Bewegung. Dynamik entsteht durch elastische Bänder, an denen sich die Mimen befestigen, und durch eine dehnbare Decke, unter der sie verschwinden. Nirgends fährt sich das Spiel fest. Schicklich gekleidete Wohlanständigkeit (die Mädchen in weissen Kleidern, die Jungen in Matrosenanzügen) und

autoritäre Instanzen werden im Lauf der Aufführung entlarvt. Was als häusliches Ritual beginnt, wird schliesslich zum umstürzlerischen Pandämonium.

Die Funktion nicht-katalanischen Theaters im Theaterleben der Stadt würde eine besondere Behandlung verdienen. Mir ging es um einen allzu oft ignorierten Aspekt. Es wäre zu wünschen, dass eine Truppe wie die «Joglars» in Mitteleuropa gastierten, damit unsere Vorstellungen vom gegenwärtigen europäischen Theater etwas weniger egozentrisch würden³.

Johannes Hösle

¹Feliu Formosa, *Per una acció teatral*, edicions 62, Barcelona 1971. – ²Ricard Salvat, *Els meus muntatges teatrals*, edicions 62, Barcelona 1971. – ³Nachdrücklich sei der an katalanischem Theater Interessierte auf die regelmässigen Rezensionen von Xavier Fàbregas für Serra d'or hingewiesen. Fàbregas ist ausserdem Verfasser einer *Aproximació a la historia del teatre català modern*, Curial Barcelona 1972.